

Politik gegen die Interessen der armen Bevölkerungsschichten verfolge. Dieser liberale Umgang mit Oppositionsliteratur ist jedoch nicht neu und zeugt von dem nüchternen Realitäts-sinn des Regimes. Bücher sind in Chile heute so teuer wie in kaum einem anderen Land der Welt; wer regimekritische Bücher kauft und liest, gehört zu einer kleinen Minderheit und sowieso zur Opposition. Das gilt auch für die teilweise schonungslos kritischen chilenischen Zeitschriften, die allerdings von Zeit zu Zeit

verboten werden. Die Massenpresse und vor allem das Fernsehen sind dagegen so fest in staatlicher Hand oder unter staatlicher Aufsicht, daß Kardinal Silva im Dezember erklärte, von Pressefreiheit in Chile könne nicht die Rede sein. Die katholische Zeitschrift „Mensaje“ versuche durch konsequente Informationsarbeit, dieses Defizit aufzuholen, und leiste „hervorragende Arbeit“. „Mensaje“ ist eine der wenigen Publikationen, die wiederholt die Frage nach der Unabhängigkeit der chilenischen Ge-

richte gestellt haben und über die willkürliche Verfahrensweise insbesondere der Militärgerichtsbarkeit berichten, der die meisten „politischen“ Fälle übergeben werden. Der Chefredakteur des Blattes, *Renato Hévía SJ*, wurde Ende 1985 vorübergehend verhaftet, die Zeitschrift kann aber derzeit ungehindert arbeiten und erscheinen. Das nur selektive Vorgehen gegen Presseorgane zeigt ebenso wie die um Prestigeverlust unbekümmerte Repressionspolitik, wie sicher sich das Regime seiner Sache ist. G. B.

Signale vom Wähler

Was bedeutet das Ergebnis der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag?

Als „wahlhistorisch bemerkenswert“ bezeichnete das Godesberger Infas-Institut in seiner am Tag nach der Wahl üblichen Wählerwanderungsanalyse das Bundestagswahlergebnis vom 25. Januar. Das gleiche Institut deutet Schwierigkeiten an, „das Ungewöhnliche am Ereignis zu beschreiben und die allseitige Überraschung zu begründen“. Andere, der Union nahestehende Analytiker warnen vor „Überinterpretationen“, wenigstens was das Unionsergebnis betraf und sprachen von „Rückkehr zur Normalität“ und von „langfristig betrachtet keineswegs besonders auffälligen Entwicklungen“. Einzelne unionsinterne Kritiker, vor allem solche aus dem dritten und vierten Glied, mahnten freilich energisch „Selbstprüfung“ an und vermuteten langfristig ein Abrutschen der Union an oder unter die 40%-Grenze, wenn es ihr in der kommenden Legislaturperiode nicht gelinge, ihre Politik glaubhaft zu machen, das parteiinterne Reformpotential zu mobilisieren und ihr Profil angesichts veränderter Wert- und Politikvorstellungen, vor allem in der jungen Generation, deutlich zu machen. Der Bundeskanzler selbst, die personelle Verkörperung des wohl „bittersten Sieges der Union“ seit 1969 schien in der Tendenz von diesen internen Kritikern nicht weit weg zu sein, als er noch am Wahlabend Nachdenklichkeit verbreitete und darüber räsonierte, daß mit wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen und einem halbwegs sanierten Haushalt Wahlen nicht mehr zu gewinnen seien, denn, so der Kanzler, im Neckarraum z. B. stehe wirtschaftlich nun wirklich alles zum besten und dennoch habe die Union gerade dort hohe Verluste hinnehmen müssen.

Andere im Unionslager machten es sich allerdings leichter. So der landesbezogen „verlustreichste“ Ministerpräsident: 5,3 Prozent verlor die CDU in Baden-Württemberg. *Lothar Späth* aber behalt sich mit der schlichten

Feststellung: bei den nächsten Landtagswahlen werde seine Partei einen Großteil der Verluste schon wieder zurückholen; er z. B. sei diesmal überhaupt nicht zur Wahl gestanden. Späth wurde unter den unionseigenen Vereinfachern nur noch von seinem rheinisch-westfälischen Präsidiumskollegen *Kurt H. Biedenkopf* übertroffen, der im schlechtesten Unionsergebnis in Nordrhein-Westfalen seit 1969 – nur das Ergebnis der Brandt-Wahl von 1972 und das der Strauß-Wahl von 1980 war für die Union mit dem diesjährigen Ergebnis in Nordrhein-Westfalen einigermaßen vergleichbar – zusammen mit dem der FDP eine „gute Grundlage für eine strukturelle Mehrheit“ von CDU und FDP bei den nächsten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 1990 sah – zum nicht geringen Erstaunen seiner Mitpräsidenten in Nordrhein-Westfalen und im Bund.

Die *SPD* hinwiederum – der scheinbar kleinere Verlierer – schien zunächst ganz auf eine Interpretation des Ergebnisses aus ihrer Sicht zu verzichten; überdeckte sie durch für die Partei kaum hilfreiche Personaldebatten oder trat mit ebenso eindeutigen wie ungeschützten Öffnungsavancen gegenüber den Grünen die politische Flucht nach vorne an.

Die Demoskopien lagen nicht falsch

Sie hatten es alle nicht leicht, das Ergebnis vom 25. Januar zu erklären und einzuordnen, das sich im Verhältnis von Erwartung und Wirklichkeit tatsächlich ein wenig skurril ausnahm, oder dieses gar politisch zu gewichten. Auch die politischen Meinungsführer nicht. Sie griffen ebenso ungeniert zu „Schuldzuweisungen“, um die klaffende Lücke zwischen Voraussicht und Ergebnis zu schließen, wie Spitzenpolitiker bei den Verliererpar-

teien gegenüber ihrem parteiinternen Gegner. Sie glaubten, in den *demoskopischen Instituten* rasch aber den „Hauptschuldigen“ ausfindig gemacht zu haben. Wollte SPD-Kanzlerkandidat *Johannes Rau* am Ende doch recht behalten mit seiner handgestrickten Wahlprognose, die Bundestagswahl 1987 werde zur großen Niederlage der Demoskopen werden?

Bei Lichte besehen, deutet freilich so gut wie nichts darauf hin, vielmehr zeigt sich, daß die Medien-Meinungsführer nicht minder leichtfertig in Ausflüchte verfallen als Politiker und einzelne Wahlanalysen selbst.

Was hatten die demoskopischen Institute denn prognostiziert bzw. als *Meinung über den Wahlausgang* festgestellt? Vornehmlich dreierlei: daß die bisherige Koalition die Wahl gewinnen werde; daß diese Meinung sich in der Bevölkerung selbst immer mehr durchsetzte – zuletzt waren 75–78 Prozent der Wahlberechtigten der Meinung, Union und FDP würden die Wahlen gewinnen; daß die Union mit Verlusten rechnen müsse, die kleinen Parteien zunehmen würden und die SPD kaum über ihr Ergebnis von 1983 hinauskommen, eher darunter bleiben dürfte. Nur von Infas war noch wenige Wochen vor der Wahl zu hören, es sei zwar alles entschieden, offen bleibe – allerdings mit dem Zusatz „höchstens“ –, ob es im nächsten Bundestag zwei oder drei Oppositionsparteien geben werde, also ob die Union allein werde regieren können oder die FDP als Koalitionspartner brauche. Aber das war wohl mehr Propaganda als ernstgemeinte Prognose. Sie wurde von der *FDP* für ihre *Zweistimmenkampagne* begierig aufgegriffen, um andere „Prognosen“, die dem tatsächlichen Ergebnis näherkamen, als Trick der Union zu entlarven, bzw. Splitting- und Wechselwähler stärker an sich zu binden.

In Wirklichkeit stand eine absolute Mehrheit der Union demoskopisch *nie* wirklich zur Debatte. Die *Verlaufsdaten* aller wichtigen Institute sprachen dagegen. Daß in der Schlußphase des Wahlkampfes nach einzelnen Umfragen über die Hälfte der Wahlberechtigten eine absolute Mehrheit der Union für möglich hielten, war nicht auf die demoskopisch erfragten Wahlabsichten, sondern auf die stimmungsmäßig sich früh durchsetzende Gewißheit zurückzuführen, die christlich-liberale Koalition werde die Wahlen „problemlos“ gewinnen.

Im Trend entsprach das Ergebnis also durchaus dem prognostischen Bild; nur in der *Höhe der Unionsverluste* verschätzten sich die meisten Demoskopen und damit auch bei der entsprechend geringeren Höhe des Koalitionssieges. Aber auch das gilt nur eingeschränkt: Die Umfrage-Verlaufsdaten zeigten bis in den Herbst 1986 – also bis zu Beginn des Wahlkampfes – Koalition und Opposition praktisch dichter beieinander, als sie es anhand des Wahlergebnisses vom 25. Januar tatsächlich sind. Und es gab Umfrage-Auswertungen, die das Wahlergebnis exakter andeuten, als dies je bei einer Prognose gelang. Eine Allensbach-Umfrage (Zweistimmen-Gewichtung) aus der letzten Vorwahlwoche „erfragte“ das

tatsächliche Ergebnis fast bis zur letzten Stelle hinter dem Komma.

Überdies zeigte sich nach den Allensbacher Umfragen die Zustimmung zur Union in den Wochen vor der Wahl kontinuierlich rückläufig.

Tabelle 1: *Allensbachumfragen Dezember–Januar*
„Erwartetes Zweitstimmenergebnis“

	Anfang Dezember	Mitte Dezember	Ende Dezember	Mitte Januar
CDU/CSU	47,2	48,0	46,9	44,6
SPD	34,7	35,0	33,4	37,3
FDP	6,5	6,9	8,5	8,9
Grüne	11,2	10,0	10,8	8,3

Quelle: Institut für Demoskopie, Allensbach

Es mag offen bleiben, womit dies mehr zu tun hatte: mit einer *erkennbaren Erholung* der SPD oder mit der Verstärkung des *Trends bei potentiellen Unionswählern in Richtung FDP*. Offensichtlich waren beide Trends an den sich abzeichnenden Verlusten der Union beteiligt, aber die Hinwendung zur FDP wesentlich stärker als der vielbeschworene nachweihnachtliche Rückenwind für die SPD, der wohl weniger von der Union Stimmen abtrieb als vielmehr einen noch höheren Anteil der Grünen verhinderte.

Wenn die *Demoskopie* „Schaden“ angerichtet hat, dann nicht durch falsche oder irreführende Umfrageergebnisse, sondern durch ihre *massive Einwirkung auf den Wahlkampf* bis unmittelbar vor dem Wahltermin und durch die Eigengesetzlichkeit, die die frühe und einheitliche Gewißheit über den Koalitionssieg entwickelte. Noch nie vor einer Wahl haben sich Institute im Verein mit Parteien und Medien so aufdringlich verhalten wie vor dieser Bundestagswahl, und wohl auch noch nie gab es eine vergleichbare Inflation an in Umlauf gesetzten „Wahlbarometern“. Wenn das Wahlergebnis manche Erwartung – vor allem die der Unionsparteien – gründlich durchkreuzte, so lag das weniger an den erfragten Wahlabsichten als an einem zur festen Stimmung geronnenen Meinungsbild. Angesichts der frühen Gewißheit, die Koalition werde die Wahl gewinnen, wurden gegenläufige Trends, vor allem im Unionslager, nicht mehr wahrgenommen. Die Gewißheit verhinderte teilweise sogar eine realistische Einschätzung der bekanntgegebenen Daten selbst. Die Vorhersage des Koalitionssieges wurde so zum Gegenteil einer sich selbst erfüllenden Prophetie. Die Faustregel, die Höhe der Siegserwartung für eine bestimmte Parteienkonstellation lasse gleichsam automatisch auf ein um so günstigeres Abschneiden der betreffenden Parteien schließen, galt jedenfalls bei der Wahl vom 25. Januar nicht, vielmehr führte die frühe Gewißheit über den Ausgang der Wahl zu einer *Aufsplitterung und teilweisen Umkehr des Trends*.

Haben die demoskopischen Daten hier ihre eigene Schwerkraft entwickelt? Insofern ja, als sie beim Wähler

den Eindruck erweckten, die Entscheidung sei gefallen, auf die einzelne Stimme komme es letztlich nicht mehr an. Dies erklärt nicht nur einen Teil der Stimmenthaltungen, die mehrheitlich zu Lasten der Union gingen, sondern auch den rückläufigen Trend für die Union während der letzten Wahlkampfwochen. Das Rennen schien tatsächlich gelaufen. Um so leichter fiel es unzufriedenen, halbzufriedenen oder verärgerten Unionswählern, zu Hause zu bleiben oder zu splitten.

Selbstinduzierte Gegenläufigkeiten

Doch hätten die Prognosen über den Wahlausgang ihre tatsächlich feststellbare Wirkung kaum erreicht, wären sie nicht durch den Verlauf des Wahlkampfes in der Union und durch den Streit CSU-FDP kräftig gefördert worden. Teile der Union, insbesondere die CSU, machten sich selbst zum wirksamsten *Trendverstärker*: Einmal leistete sich die Union Erstaunliches, z. B. als der CSU-Vorsitzende ab Eröffnung der heißen Wahlkampfphase seinerseits erklärte und dies ständig wiederholte, das „rot-grüne Bündnis“ habe keine Chance, über 45 Prozent zu kommen. Warum dann noch für die Union stimmen, wenn man ohnehin mit ihr unzufrieden ist und sie höchstens als das geringere Übel wählen würde, ganz abgesehen davon, daß selbstverkündete Siegesgewißheit durch den Wahlbewerber selbst vom Wähler als politische Überheblichkeit geahndet wird und wahlpsychologisch auf jeden Fall unklug ist.

Zum anderen tat gerade die Auseinandersetzung zwischen CSU und FDP – teilweise als Privatfehde des CSU-Vorsitzenden gegen den Außenminister über „realistische“ oder „illusionäre“ Entspannungspolitik ausgetragen mit den entsprechenden konservativ-nationalen Begeleitönen vor allem bei Strauß, teilweise auch beim Kanzler – meinte er Strauß so neutralisieren zu können? – ihre Wirkung, erleichterte es jedenfalls außen- und vor allem ostpolitisch der Union ohnehin mißtrauenden Wählern, ihre Stimme der FDP zu geben. Die Infas-Analyse stellt zwar fest, was an Zweitstimmen oder überhaupt von der Union zur FDP abgewandert sei, konzentrierte sich auf wenige Regionen im Südwesten und am Mittelrhein. Aber bei einem Wanderungsnettoverlust der Union von 800 000 zugunsten der FDP (insgesamt wechselten 1,3 Millionen Wähler gegenüber 1983 von der CDU zur FDP) wäre diese Lokalisierung wohl eine arge Verharmlosung des Trends.

Ohne in die Details zu gehen: schon die Höhe des Splittings zugunsten der FDP ist auffallend: Die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen für die FDP liegt 1987 nämlich noch einmal leicht über der von 1980 und 1983. Und auch der Erststimmen-Überschuß der Union liegt 1987 leicht über dem von 1983 (der von 1980 fiel kaum ins Gewicht). In Prozentpunkten auf das Bundesgebiet bezogen: 1980 betrug die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen für die FDP –3,5, 1983 –4,2, 1987 –4,4. 1980 und 1983 gab es für Wechsel- und Koali-

Tabelle 2:
Vergleich des Erst- und Zweitstimmenergebnisses 1980–1987

	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz %-P.
	Anzahl	%	Anzahl	%	
<i>1987</i>					
Wahlberechtigte	45 290 668	×	45 290 668	×	×
Wähler	38 223 502	84,4	38 223 502	84,4	–
Gültige Stimmen	37 737 847	×	37 861 198	×	×
CDU/CSU ¹	18 027 293	47,8	16 761 200	44,3	+3,5
SPD	14 785 398	39,2	14 023 407	37,0	+2,2
FDP	1 760 223	4,7	3 439 686	9,1	–4,4
Grüne	2 648 422	7,0	3 124 657	8,3	–1,3
Sonstige Parteien	5 165 111	1,4	5 12 248	1,4	0
<i>1983</i>					
Wahlberechtigte	44 088 935	×	44 088 935	×	×
Wähler	39 279 529	89,1	39 279 529	89,1	–
Gültige Stimmen	38 845 353	×	38 940 687	×	×
CDU/CSU ¹	20 262 260	52,2	18 998 545	48,8	+3,4
SPD	15 686 033	40,4	14 865 807	38,2	+2,2
FDP	1 087 918	2,8	2 706 942	7,0	–4,2
Grüne	1 609 855	4,1	2 167 431	5,6	–1,5
Sonstige Parteien	199 287	0,5	201 962	0,5	0
<i>1980</i>					
Wahlberechtigte	43 231 741	×	43 231 741	×	×
Wähler	38 292 176	88,6	38 292 176	88,6	–
Gültige Stimmen	37 806 531	×	37 938 981	×	×
CDU/CSU ¹	17 408 572	46,0	16 897 659	44,5	+1,5
SPD	16 808 861	44,5	16 260 677	42,9	+1,6
FDP	2 720 480	7,2	4 030 999	10,6	–3,4
Grüne	732 619	1,9	569 589	1,5	+0,4
Sonstige Parteien	1 359 999	0,4	1 800 057	0,5	–0,1

¹ in Bayern CSU

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung

tionswähler dringende Gründe, der FDP die Zweitstimme zu geben: 1980 galt es, Strauß zu verhindern und die Position der FDP innerhalb der sozial-liberalen Koalition zu stärken. 1983 ging es darum, die FDP sicher über die Fünf-Prozent-Klausel zu hieven.

Beide Gründe gab es diesmal nicht, jedenfalls nicht auf gleich plausible Weise: Daß die FDP die Fünf-Prozent-Hürde nehmen würde, galt als sicher; ihre *parlamentarische Weiterexistenz im Bund* stand – anders als in einzelnen Ländern – nicht zur Debatte, unmittelbar zu verhindern gab es niemanden. Und auch die Koalition war nicht in Gefahr. Die Wahrscheinlichkeit, daß selbst im unwahrscheinlichen Fall eines Absinkens der FDP unter die Fünf-Prozent-Grenze die SPD mit den Grünen eine regierungsfähige Mehrheit zusammenbringen könnte, blieb ferne Hypothese. Wenn diesmal also noch einmal mehr potentielle Unionswähler ihre Zweitstimme der FDP gaben, muß das Gründe gehabt haben, die in der *Union selber lagen*.

Drei davon lassen sich unschwer benennen: Die Union erschien im Wahlkampf als „rechter“, als sie insgesamt ist. Große „nationale“ Formeln und Floskeln suggerierten eine Union, die nicht nur die national-sozialistische Zeit endgültig hinter sich lassen bzw. vergessen machen, sondern *neue nationale Mythen* schaffen wolle. Der erklärte Wille, die Verankerung im westlichen Bündnis mit einem entschiedenen Willen zum Ausgleich mit der östli-

chen Weltmacht zu verbinden und auf der Grundlage der Verträge eine flexible Ostpolitik zu betreiben, nicht nur fester Programmpunkt der amtierenden Koalition, sondern auch der CDU als Partei spätestens seit den späten siebziger Jahren, ging während des Wahlkampfes in einem praktisch sinnlosen Streit über Gültigkeit, rechtliche Reichweite und politische Bindungswirkung der Ostverträge unter. Um so plausibler wurde die FDP als *außenpolitisches, vor allem ostpolitisches Korrektiv*. Es sprechen nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch viele Erfahrungswerte dafür, daß nicht wenige bis tief hinein in die Stammwählerschaft der Union, durch Eindrücke aus dem Wahlkampf bestärkt, von diesem Korrektiv Gebrauch gemacht haben.

Mischung aus Zufällen und Denkkzetteln

Hinzu kam anderes, was gegen die Union wirkte: quengelnde Bauern (es mag sein, wie es in einer Wahlanalyse hieß, daß Unzufriedenheit über die Brüsseler und deutsche Agrarpolitik nicht nur produzierende Bauern gegen die Union aufbrachte, sondern die Stimmung im ländlichen Raum insgesamt nachteilig für die Union beeinflusste); unzufriedene Katholiken, in deren Augen die Union christliche Anliegen (Änderung des § 218 StGB) nicht nachdrücklich genug vertritt; Rückwanderung vor allem von angelegerten und Facharbeitern (wie schon bei der Niedersachsenwahl 1986) zur SPD (vgl. *Dieter Oberndörfer* und *Gerd Mielke* in der FAZ vom 2. 2. 87). Und da und dort wohl auch Abwanderungen von konservativen Naturfreunden zu den Grünen und von rechtsnational Gesinnten zu den nationalistischen Splitterparteien. Vermutlich haben die um die *Randwähler des rechten Spektrums* besorgten Unionspolitiker den Appetit auf politische Profilierung diese Gruppierungen durch die eigenen Protzgebärden – auch die Ausländerpolitik der Union wäre unter diesem Aspekt einmal zu durchleuchten – erst richtig angeregt. Auf jeden Fall erweckte sie so den Anschein, es gebe für stramm Rechtsnationale in der Bundesrepublik derzeit einen breiteren Resonanzboden.

Doch als ganzes gesehen, ist das Wahlergebnis vom 25. Januar, *auf die Union wie auf die Parteien insgesamt bezogen*, wohl trotz beträchtlicher Gewichtsverschiebungen eher eine Mischung aus Zufällen und Denkkzetteln, genauer ein Knäuel aus wahlunfreundlicher Jahreszeit, früher Siegesgewißheit, selbstinduzierten Gegenläufigkeiten und normalen Reaktionen auf Abnützungerscheinungen in der Koalition, die angesichts eines nur bedingt populären Kanzlers und eines relativ populären Außenministers und ebenfalls relativ populären Gegenkandidaten in erster Linie die Union treffen *mußte*.

Das gilt gewissermaßen spiegelverkehrt auch für die „Kleinen“, die Siegerparteien *FDP* und *Grüne*. Die FDP hat von den Fehlern der Union profitiert: vor allem bei

den Selbständigen und beim sog. *neuen Mittelstand* aus unabhängig Erwerbstätigen mit mittleren und höheren Einkommen und mittlerem bis hohem Bildungsstand. Die FDP hat, bezogen auf den Durchschnitt der Wahlergebnisse seit 1949, wieder eine mittlere Position erreicht und ist als fester Funktionsbestandteil bundesdeutschen Parteienspektrums bestätigt worden. Sie hat sich angesichts der in der Bundesrepublik herrschenden Vorliebe, eher Koalitionen als Parteien zu wählen und absolute Mehrheiten aus Mißtrauen gegen die Bildung ideologischer Blöcke zu vermeiden, von neuem als *funktionstüchtig* erwiesen und ist insoweit auch politisch gestärkt aus der Wahl hervorgegangen.

Gewählt aber wird sie nach wie vor weitgehend nicht um ihrer selbst willen, sondern *gegen* die anderen, als Funktions- nicht als Integrationspartei. Ideologisch weitgehend neutralisiert ist sie inzwischen allerdings auch für Gruppen und Schichten wählbar geworden, für die sie lange praktisch inexistent war: sogar für kirchengebundene Katholiken. Nach einer Allensbach-Umfrage zu Parteipräferenzen und Kirchenbindung aus der Wahlkampfzeit ist die FDP-Neigung unter Katholiken zwar immer noch weniger als unter Protestanten, aber unter kirchennahen Katholiken sogar stärker ausgeprägt als unter Kirchenfernern.

Tabelle 3: Parteipräferenzen und Kirchenbindung 1986

	Protestanten				Katholiken			
	kirchennah		kirchenfern		kirchennah		kirchenfern	
	29.10. bis 10.11.	28.11. bis 09.12.						
	%	%	%	%	%	%	%	%
CDU/CSU	47,1	51,3	31,3	33,3	78,4	74,2	50,4	49,1
FDP	6,1	9,3	8,4	9,3	4,8	7,6	5,4	4,9
SPD	41,1	32,0	48,4	43,8	14,9	16,3	32,6	34,6
Grüne	4,9	7,4	11,9	13,4	1,3	1,9	11,0	11,0

Quelle: Institut für Demoskopie, Allensbach

Die *Grünen* haben sich mit dem Ergebnis vom 25. Januar als Partei eigener Prägung etabliert. Ihr Zuwachs aber wurde wohl ein wenig überschätzt. (Zeitweise hat man den Grünen sogar ein zweistelliges Ergebnis – weitgehend zu Lasten der SPD – zugetraut.) Sie können sich als Mischung aus Protest- und Programmpartei bestätigt fühlen. Ihr Zugewinn dürfte aber den notwendigen inneren Klärungsprozeß eher verzögern als beschleunigen. Von der Koalitionsfähigkeit mit einer sich ihnen annähernden SPD sind sie wohl noch weit entfernt. Aber der Zug in Richtung Koalitionsbemühungen dürfte sich beschleunigen und teilweise als Folge, teilweise als Ursache davon auch der Zug zu politischer Professionalisierung der Grünen. Die Zeiten brodelnder Bewegung dürften mit dem Ende der Rotation innerparlamentarisch vorbei sein. Die Entscheidung zwischen parlamentarisch agierender Partei und außerparlamentarischer Opposition können die „etablierten“ Parteien ihr allerdings weder abnehmen noch erlassen.

Postmaterielle Integrationsprobleme

Die SPD ist zwar im Vergleich zur Union nur „kleiner Verlierer“. Aber um die Lage der SPD – nicht nur ihren inneren Zustand, sondern was Wählerakzeptanz betrifft – realistisch einschätzen zu können, muß man bedenken, auf welchem niedrigem Zustimmungsniveau sie sich bereits vor dem 25. Januar befand. Es ist ihr zwar gelungen, nicht auf Berliner Verhältnisse abzusacken – dort ist die lange mit absoluter Mehrheit regierende Sozialdemokratie bei den Senatswahlen 1985 auf 32,4 Prozent herabgesunken. Aber praktisch ist sie auf den Stand von 1961 – damals gewann sie 36,2 Prozent – zurückgefallen.

Auch wenn die Oppositionsparteien zusammengenommen an Stimmen gegenüber der Koalition gewonnen haben, bringt sie der 1,5-Prozent-Zuwachs von SPD und Grünen zusammen weder mit noch ohne Grüne auf den Weg zurück zur Regierungsverantwortung weiter. Sie wird diesen Weg erst in einer *grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses zu den Grünen* finden müssen. Gegenwärtig sieht es nicht danach aus, als ob sie überhaupt die Kraft für eine solche Klärung aufbrächte. Denn eine solche ist ja, wenn die Sozialdemokratie als eine politisch führende Kraft Zukunft haben soll, nicht durch eine Amalgamierung grüner Positionen – linker oder rechter oder beider –, sondern nur in einer offensiven Auseinandersetzung mit diesen zu leisten. Noch aber fehlen dafür sowohl Personen wie Strategien und Programme.

Aus der Schwäche der Sozialdemokratie wird aber noch lange keine Stärke der Union. Ihre Stimmenverluste von 4,5 Prozent sind zwar übermäßig dramatisiert worden. Der Hinweis, ihr Anteil von 44,3 Prozent sei das schlechteste Wahlergebnis seit 1949, ist zwar richtig, ergibt aber ein schiefes Bild. Damals lag die Union mit 31 Prozent nur 1,8 Punkt vor der SPD. Im Vergleich zu allen Wahlergebnissen seit 1949 bewegt sich der jetzige Stimmenanteil der Union am unteren Rand der Normalität. Es war vorauszusehen, daß CDU und CSU das hohe Niveau von über 48 Prozent, das sie – mit Straußscher Unterbrechung 1980 – als Oppositionspartei erreicht hatte, als Regierung nicht würde halten können.

Der jetzige Rückgang ist allerdings auch keine Bagatelle. Der Sympathieverlust der Union bzw. an Rückhalt in der Wählerschaft ist beträchtlich und geht über den Anteil der Splittingwähler zugunsten der FDP weit hinaus. Um den Rückgang der Unionsstimmen angemessen zu beurteilen, muß nicht nur der Verlust von 4,5 Prozent Zweitstimmen, sondern auch der beträchtliche Rückgang an Erststimmen bedacht werden. Der *Verlust an Erststimmen* beträgt fast so viel wie der an Zweitstimmen, nämlich 5,4 Prozent, was einen Rückgang von 52,2 1983 auf 47,8 1987 bedeutet. Es ist also entgegen CDU-eigener Wahlanalysen (vgl. *Hans-Joachim Veen* im Rheinischen Merkur/Christ und Welt, 30. 1. 87) keineswegs gesichert, daß die Union längerfristig ihre *Position als strukturelle Mehrheitspartei* wird behaupten können. Betrachtet man

den Rückgang von Zweit- und Erststimmen, dann ist der Rückgang an psychologischem und politischem Rückhalt beträchtlich, auch wenn ein sonst von kaum einer Partei in einem kontinentaleuropäischen Land erreichtes Niveau erhalten bleibt und insoweit nichts auf ein Absinken an die 40-Prozentgrenze hinweist.

Aber die Einbrüche sind *regional* teilweise doch dramatisch. Dabei ist nicht nur an die hohen Verluste in ländlichen Hochburgen zu denken, sondern vor allem an die hohen Verluste in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg. Die CDU besitzt nach dem letzten Bundestagswahlergebnis in keinem Bundesland mehr die absolute Mehrheit. Sie hat in Baden-Württemberg die absolute Mehrheit und im Saarland und in Nordrhein-Westfalen die relative Mehrheit verloren und sackte im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik auf die 40 Prozent ab. Nur noch die CSU in Bayern verfügt mit 55,1 Prozent über eine komfortable absolute Mehrheit. Andererseits hat sich die Union in großstädtischen Milieus – abgesehen von Rhein und Ruhr – (z. B. in Frankfurt, Hannover, Hamburg, München) gut behauptet. Von daher deutet alles darauf hin, daß nicht nur die Wähler insgesamt beweglicher werden, sondern die *Parteien sich in ihrem Milieuklientel einander angleichen*, daß also zwar parteitypische Restmilieus bleiben (sozialdemokratisches, stark gewerkschaftlich organisiertes Arbeitermilieu, christliches, schwerpunktmäßig katholisches Unionsmilieu mit starker Kirchenbindung), daß sich aber die Zukunft der beiden Großparteien als Volksparteien in den als Wählerschaft besonders mobil gewordenen städtischen und großstädtischen Mittelschichten entscheidet.

Tabelle 4: Zunahme der Wechselwähler

	Sept. 1980 %	Jan. 1983 %	Jan. 1987 %
Es haben ...			
immer dieselbe Partei gewählt	60	59	48
mal andere Partei gewählt	24	30	38
erst einmal gewählt	3	3	3
noch nie gewählt	11	6	7
keine Angabe	2	2	3

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung

In welchem Ausmaße sich die Großparteien tatsächlich behaupten werden, ist damit noch keineswegs ausgemacht. In verschiedenen Kommentaren wurde hervorgehoben, daß die beiden großen Volksparteien mit 77,3 Prozent seit 1953 *zusammen* den niedrigsten Stimmenanteil aufweisen. Auch das muß nicht dramatisiert werden, ist aber nicht nur ein Indiz dafür, daß der Integrationsradius von Volksparteien sich zu verkleinern beginnt, sondern ist ein starkes Signal für politische Veränderung überhaupt.

Es zeigen sich da, verkürzt gesagt, die typisch nachmodernen Integrationschwierigkeiten einer postmateriell organisierten und lebenden Gesellschaft an. Sie werden

in Zukunft den Parteien vermutlich noch mehr Probleme schaffen als sich gegenwärtig bereits absehen lassen, weil sich die Erwartungen an Politik verändern. Zum Ausgleich zwischen den organisierten Interessengegensätzen durch interessenübergreifende Programme kommen vielfältige Bedürfnisse und vielfach antagonistische Forderungen nach Bewahrung und Integration. Sie führen zu einem noch pluraleren Meinungsklima. Und es bilden sich neue politische Stile. Die neuen Stile drücken ein subjektiv verändertes Wertgefüge aus und äußern sich vielfach in neuen Mustern politischen Verhaltens gegenüber der Organisationsgesellschaft überhaupt.

Grünen-Syndrom als Zukunftsaufgabe

Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich speziell das Grünen-Syndrom als Zukunftsaufgabe. Die Grünen werden gegenwärtig – beim Wähler sicher in erster Linie – vom Umweltthema getragen. Das Wesentliche bzw. ihr Eigentliches ist aber nicht die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen – dieses Anliegen ist bereits von den Parteien insgesamt, auch dank der Grünen angenommen –, sondern über alle Flügel und internen Gegensätze hinweg ein verändertes Verständnis von politisch-demokratischer Praxis, für die die Übertragung privater Bedürfnisstrukturen in die Organisationsgesellschaft oder die Tendenz, die Organisationsgesellschaft nach solchen Bedürfnisstrukturen „umzubauen“, bezeichnend ist.

Tabelle 5:
Einstellung zur Vertretung der Grünen in den Parlamenten

	finden gut		finden nicht gut	
	Oktober 1985 %	Oktober 1986 %	Oktober 1985 %	Oktober 1986 %
Bevölkerung insges.	52	56	44	44
CDU/CSU- Anhänger	32	32	65	68
SPD-Anhänger	64	72	33	28
FDP-Anhänger	46	39	52	60
Grüne-Anhänger	94	95	4	3

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung

Als vor allem in der jungen Wählerschaft verankerte Bewegung, die sich in ihrem persönlichen wie politischen Verhalten vom Verhalten und Politikverständnis der älteren Generation abkoppelt, sind die Grünen zum Hoffnungsträger des neuen Politikverständnisses geworden, das, vom Ansatz her spätbürgerlich libertär konzipiert, seine Rechnung mit der Organisationsgesellschaft insgesamt und mit den politisch-parlamentarischen Institutionen speziell (einschließlich Spielregeln) noch zu machen hat. Von der Art, wie dies gelingt, hängt nicht nur die Zukunft der Grünen, sondern auch einiges für die politische Integrationsfähigkeit der „konventionellen“ Parteien ab.

David Seeber

„Lima hat eine Dynamik ausgelöst, die man nicht vorauszusagen gewagt hätte“

Ein Gespräch mit Günther Gaßmann

In der peruanischen Hauptstadt Lima verabschiedete die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des ÖRK 1982 die Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt. Inzwischen ist die erste Etappe der Lima-Rezeption weitgehend abgeschlossen: Zahlreiche Kirchen haben offizielle Stellungnahmen erarbeitet, in vielen Gruppen und auf den verschiedenen Ebenen in den Kirchen wurden die Erklärungen besprochen, es liegen unzählige theologische Diskussionsbeiträge vor. Um den Versuch einer Zwischenbilanz der Erfahrungen mit Lima geht es im Gespräch mit Günther Gaßmann, das während der ÖRK-Zentralausschufstagung in Genf (vgl. ds. Heft, S. 132) geführt wurde. Der deutsche Ökumeniker ist seit 1983 Direktor des Sekretariats für Glauben und Kirchenverfassung. Die Fragen stellte Ulrich Rub.

HK: Herr Dr. Gaßmann, unmittelbar nach der Verabschiedung der Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucha-

ristie und Amt war „Lima“ so etwas wie ein Zauberwort, mit dem sich fast überschwengliche Hoffnungen auf entscheidende ökumenische Durchbrüche verbanden. Inzwischen ist aber weithin Ernüchterung eingetreten. Kann „Faith and Order“ mit dem bisherigen Verlauf des Rezeptionsprozesses eigentlich zufrieden sein?

Gaßmann: Wir sind sehr zufrieden, auch wenn „Lima“ nicht den mancherorts erwarteten großen Durchbruch gebracht hat. Sicher gab es in der jüngeren Geschichte der ökumenischen Bewegung etliche Durchbrüche und markante Fortschritte, die dann auch eine gewisse Euphorie bewirkt haben. Denken Sie nur an den mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil erfolgten Eintritt der römisch-katholischen Kirche in die ökumenische Bewegung und den Dialog, der daraus erwachsen ist. Aber Ökumene ist nicht eine ununterbrochene Kette von spektakulären Durchbrüchen und Höhepunkten. Es muß